

Fassung gemäss Beschluss des Programmausschusses vom 27. Juni 2011

**Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen
zur Harmonisierung der Polizeinformatik in der Schweiz (HPI)**

*Der Schweizerische Bundesrat und
die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
beschliessen:*

A. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Zweck, Zielsetzung und Geltungsbereich

- ¹ Diese Vereinbarung regelt im Bereich der Harmonisierung der Polizeinformatik in der Schweiz die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen, sowie zwischen den Kantonen und den am Programm beteiligten Bundesstellen, soweit es im Bereich ihrer jeweiligen Kompetenzen liegt.
- ² Die Kantone und der Bund stellen eine koordinierte Umsetzung der Harmonisierung der Polizeinformatik in der Schweiz sicher, indem sie Neues gemeinsam realisieren und Bestehendes schrittweise harmonisieren. Insbesondere treffen sie gemeinsame Massnahmen im Rahmen der Vereinbarung, orientieren sich für ihren Bereich an den Entscheidungen des Programmausschusses und an der Referenz-Architektur. Sie stellen Ideen, Methoden und Lösungen im Rahmen der rechtlichen Vorgaben den Partnern zur Verfügung.
- ³ Bund und Kantone stellen sicher, dass der Rechtssetzungsbedarf frühzeitig evaluiert wird und neu zu schaffende Rechtsgrundlagen zeitgerecht in die Programmplanung aufgenommen werden.
- ⁴ Die Vereinbarung betrifft die polizeilichen Fachanwendungen und Systeme, deren Schnittstellen zu Dritten sowie die Gewährleistung des Datenschutzes und des Informationsschutzes.

B. ORGANISATION UND ZUSTÄNDIGKEITEN

Art. 2 Programmträgerschaft

- ¹ Die Kantone und der Bund, handelnd durch das Plenum der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), bilden die Programmträgerschaft. Ein gültiger Entscheid braucht die Zustimmung der KKJPD auf der einen und des EJPD auf der anderen Seite.
- ² Ihre Aufgaben sind
 - a. die Oberaufsicht über das Programm, die Projekte und deren Finanzierung;
 - b. die Wahl des oder der Vorsitzenden des Programmausschusses;
 - c. die Erstellung des Programmauftrages, umfassend die Ziele, das Programmbudget, den Finanzplan und die finanziellen Programm-Beiträge der Kantone und des Bundes.

Art. 3 Programmausschuss

- ¹ Der Programmausschuss besteht aus maximal 13 Mitgliedern. Ihm gehören neun Vertreter der Kantone und maximal vier Vertreter des Bundes an, davon zwei aus dem EJPD, und, sofern involviert, je

ein Vertreter des VBS und des EFD.

² Die Mitglieder werden jeweils für zwei Jahre wie folgt bestimmt:

- a. Die Vertretung des Bundes durch den Bundesrat;
- b. die Vertretung der Kantone durch die KKJPD, nach Anhörung der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS), unter Berücksichtigung
 - eines festen Sitzes für jeden der drei bevölkerungsreichsten unterzeichnenden Kantone,
 - einer angemessenen Vertretung der Sprachregionen,
 - des Einbezugs bestehender Koordinationsgremien wie der Schweizerischen Polizeitechnischen Kommission (SPTK) und der Planung, Projektsteuerung und Standardisierung in der polizeilichen Informationsbearbeitung (PPS).

³ Der oder die Vorsitzende der Programmleitung, der Programmmanager, der externe Strategieexperte sowie nach Bedarf Berater für besondere Fach- und Rechtsfragen nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Programmausschusses teil. Der Programmausschuss kann weitere Personen einladen.

Art. 4 Konstituierung und Arbeitsweise des Programmausschusses

¹ Der Programmausschuss konstituiert sich unter Vorbehalt von Artikel 2 Abs. 2 Bst. b selbst und trifft sich, wenn es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens viermal im Jahr oder wenn es von fünf Mitgliedern verlangt wird.

² Der Programmausschuss bemüht sich grundsätzlich um konsensuale Meinungsfindung. Im Falle von Abstimmungen entscheidet er mit einfachem Mehr der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit hat der oder die Vorsitzende den Stichentscheid.

³ Der Programmausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder und von diesen mindestens je ein Mitglied der KKJPD, der KKPKS und des Bundes anwesend sind.

⁴ Eine Stellvertretung ist nur bei Vorliegen wichtiger Gründe und mit vorgängiger Zustimmung des Vorsitzenden möglich.

Art. 5 Aufgaben und Zuständigkeiten des Programmausschusses

Der Programmausschuss erfüllt seinen Auftrag im Rahmen der Zielsetzungen von Artikel 1 und hat namentlich folgende Aufgaben und Zuständigkeiten:

- a. Beurteilung des Ist-Zustandes im Bund und in den Kantonen, Definition der IT-Strategie und der Referenz-Architektur als Rahmen für die zu harmonisierenden Tätigkeitsfelder und Systeme;
- b. Festlegung des Masterplans für den Zeitraum von vier Jahren mit rollender Anpassung;
- c. Festlegung eines Modells zum Betrieb, Support und zur Finanzierung der harmonisierten polizeilichen Informatiksysteme unter Beachtung der Schnittstellen zu relevanten Dritten;
- d. Verabschiedung des Programmauftrages zu Handen der Programmträgerschaft;
- e. Steuerung der Harmonisierung und ihre Umsetzung;
- f. Programm- und Finanzcontrolling;
- g. Ernennung des oder der Vorsitzenden der Programmleitung, ihrer Mitglieder, des Programmmanager, Bestimmung externer Berater für besondere Rechts- und Fachfragen und

- grundsätzliche Regelung der entsprechenden Arbeits- oder Mandatsverhältnisse;
- h. Beschluss über den Start von Projekten und Festlegung des Kostenrahmens jedes einzelnen Projektes;
- i. Sicherstellung der Information auf der politisch-strategischen Ebene;
- j. Identifikation von Rechtsetzungsbedarf und Aufbereitung zu Handen der Programmträgerschaft;
- k. Einvernehmliche Festlegung eines anderen Schlüssels für die Aufteilung der Projektkosten; kommt keine Einigung zustande, ist die Angelegenheit der Programmträgerschaft zum Entscheid vorzulegen;
- l. Festlegung des Eintrittsbeitrages gemäss Artikel 12 Abs. 4 und Beschluss über dessen Verwendung;
- m. Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten.

Art. 6 Programmleitung

¹ Die Programmleitung besteht aus:

- a. ihrem oder ihrer Vorsitzenden;
- b. aus dem Kreis von PPS und SPTK Fachgruppe Informatik je einem Vertreter der Polizeikonkordate und des Kantons Zürich sowie maximal vier Vertretern von Bundesstellen;
- c. einem externen Experten zur Ausarbeitung von Strategie und Architektur, der dem Programmausschuss direkt rapportieren kann;
- d. bei Bedarf weiteren Vertretern.

² Die Programmleitung kann nach Bedarf Experten beiziehen.

Art. 7 Aufgaben der Programmleitung

Für die Erarbeitung und operative Umsetzung des Programms ist die Programmleitung zuständig. Sie hat folgende Aufgaben:

- a. Aufnahme des Ist-Zustandes, Erarbeitung der Programmgrundlagen für die Entscheide des Programmausschusses;
- b. Umsetzung des Programms;
- c. Anträge für Projekte an den Programmausschuss;
- d. Einsetzung der Projektorganisation;
- e. Projekt- und Finanzcontrolling;
- f. Aufbau und Pflege des Beziehungsnetzes mit den Kantonen und den involvierten Bundesstellen sowie mit den verschiedenen Gremien, die für die Zielerreichung erforderlich sind;
- g. Transparenz durch geeignete Informations- und Kommunikationsmassnahmen sowie deren Sicherstellung auf der operativen Ebene;
- h. Vorbereitung der sonstigen Geschäfte des Programmausschusses.

Art. 8 Aufgaben und Stellung des Programmmanager

¹ Der Programmmanager koordiniert die Umsetzung der Harmonisierung der Polizeinformatik in der Schweiz und ist das Stabsorgan des Programmausschusses und der Programmleitung.

² Er oder sie untersteht dem Vorsitzenden der Programmleitung.

³ Der Programmmanager verfügt über ein Sekretariat, das ihn unterstützt für:

- a. die Umsetzung der Entscheide von Programmausschuss und Programmleitung;
- b. die Protokollführung und die Erstellung des Jahresberichtes;
- c. das Finanzwesen.

Art. 9 Separate Vereinbarung und Organisation für jedes einzelne Projekt

¹ Für jedes Projekt wird eine separate Vereinbarung geschlossen und jeweils eine Projektorganisation eingesetzt, die nach HERMES arbeitet und zudem die rechtlichen und betrieblichen Aspekte berücksichtigt.

² Die Kantone und der Bund können sich an Projekten beteiligen, sind dazu aber nicht verpflichtet.

C. FINANZEN

Art. 10 Kostenarten

¹ Es fallen an:

- a. die Programmkosten;
- b. die Kosten der einzelnen Projekte.

² Die Programmkosten umfassen die mit den Aufgaben gemäss den Artikeln 5 bis 8 zusammenhängenden Aufwendungen. Die Aufwendungen für die Initialisierung von Projekten sind Teil der Programmkosten.

³ Die Projektkosten umfassen den Umsetzungsbedarf für gemeinsam zu entwickelnde Lösungen oder die Harmonisierung von Bestehendem.

Art. 11 Finanzierung der Programmkosten

¹ Bund und Kantone finanzieren die Programmkosten über einen jährlichen Beitrag. Die Kantone tragen 70% der Programmkosten, der Bund 30%. Die Beträge werden jeweils im Januar für das laufende Geschäftsjahr in Rechnung gestellt.

² Die Kantone teilen sich ihren Beitrag nach Massgabe der im Zeitpunkt der Rechnungsstellung aktuell bekannten ständigen Wohnbevölkerung.

³ Das jährliche Programmbudget und der Finanzplan für die folgenden drei Jahre werden von der Programmträgerschaft bestimmt.

Art. 12 Finanzierung der Kosten der einzelnen Projekte

¹ Die Kosten der einzelnen Harmonisierungsprojekte werden von den jeweils beteiligten Projektpartnern finanziert.

² Der finanzielle Beitrag jedes Partners wird einmal am Anfang jeder bevorstehenden Projektphase in Rechnung gestellt.

³ Die beteiligten Kantone teilen sich ihren Beitrag nach Massgabe der im Zeitpunkt des Projektstarts aktuell bekannten ständigen Wohnbevölkerung. Der Programmausschuss kann in begründeten Fällen

ausnahmsweise einen anderen Schlüssel festlegen, sofern dies einvernehmlich erfolgt. Sonst ist die Programmträgerschaft zuständig.

⁴ Will sich ein Kanton oder eine Bundesstelle an einem bereits laufenden oder an einem abgeschlossenen Projekt beteiligen, fällt ein Eintrittsbeitrag an. Dieser umfasst den Aufwand, den der neue Partner hätte leisten müssen, wäre er von Anfang an beteiligt gewesen.

Art. 13 Haftung

Für Schaden bei der Zusammenarbeit haftet der verursachende Kanton oder die verursachende Bundesstelle.

D. WEITERE BESTIMMUNGEN UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 14 Aufgaben der Programmpartner

¹ Die Kantone und der Bund informieren die Programmleitung über laufende und geplante Vorhaben im Bereich dieser Vereinbarung.

² Sie stellen grundlegende und umfangreiche Investitionsvorhaben in polizeiliche Fachanwendungen, die in die Zeitspanne 2013 bis 2016 fallen würden, soweit als möglich zurück. Ab 2013 werden solche Investitionen im Rahmen der Harmonisierung getätigt.

³ Der Bund erklärt seine Bereitschaft, seine Vorhaben in den Bereichen des Sicherheitsverbundes und des Informationsschutzes auf ihre Relevanz zu den von der Harmonisierung betroffenen kantonalen Anwendungen und Systeme zu überprüfen und gegebenenfalls in seiner Projektabwicklung die Bedürfnisse der Kantone einzubeziehen.

Art. 15 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, wenn mindestens 18 Kantone und der Bund sie unterzeichnet haben.

Art. 16 Kündigung

¹ Die Vereinbarung kann von jedem Kanton und vom Bund mit einer Frist von zwei Jahren per Ende Jahr gekündigt werden, zum ersten Mal per 31. Dezember 2017.

² Die Vereinbarung tritt ausser Kraft, wenn die Mitgliederzahl unter 10 sinkt.

Abkürzungen:

KKJPD: Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

KKPKS: Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz

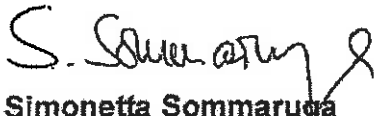
PPS: Planung, Projektsteuerung und Standardisierung in der polizeilichen Informationsverarbeitung

SPTK: Schweizerische polizeitechnische Kommission

Delémont
Bern, den 10. 11. 11

Für die Schweizerische
Eidgenossenschaft
Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement (EJPD)

Die Vorsteherin



Simonetta Sommaruga
Bundesrätin

Delémont
Bern, den 10. 11. 11

Konferenz der Kantonalen
Justiz- und Polizeidirektorinnen
und -direktoren (KKJPD)

Die Präsidentin



Karin Keller-Sutter
Regierungsrätin

Accordo concernente l'armonizzazione dell'informatica della Polizia in Svizzera (AIP)

A. DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 1: Finalità, scopo e campo d'applicazione generale

¹ Il presente accordo regola la collaborazione tra i Cantoni nell'ambito dell'armonizzazione dell'informatica della polizia in Svizzera, così come tra i Cantoni e le autorità federali che partecipano al programma, per quanto ciò faccia parte dell'ambito delle loro competenze rispettive.

² Cantoni e Confederazione garantiscono una realizzazione coordinata dell'armonizzazione dell'informatica della polizia in Svizzera realizzando insieme ciò che è nuovo e armonizzando gradualmente l'esistente. Prendono in particolare delle misure congiunte nell'ambito del presente accordo, si adeguano, nel loro ambito rispettivo, alle decisioni del comitato di programma e all'architettura di riferimento. Propongono ai partners delle idee, dei metodi e delle soluzioni nell'ambito delle direttive legali.

³ Confederazione e Cantoni garantiscono che il fabbisogno di legiferazione sia valutato precocemente e che le basi legali da istituire siano integrate tempestivamente nella pianificazione del programma.

⁴ Il presente accordo riguarda le applicazioni specializzate ed i sistemi di polizia, le loro interfacce con terzi, come pure la garanzia della protezione dei dati e dell'informazione.

B. ORGANIZZAZIONE E COMPETENZE

Art. 2: Organismo responsabile del programma

¹ Cantoni e Confederazione, agendo attraverso l'assemblea plenaria della conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP) e il dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP), formano l'organismo responsabile del programma. Una decisione valida necessita da una parte l'approvazione della CDDGP e dall'altra quella del DFGP.

² Le loro competenze sono

- a. La supervisione del programma, dei progetti e del loro finanziamento;
- b. L'elezione del presidente o della presidentessa del comitato di programma;
- c. Il rilascio del documento di inizio del programma, comprendente gli obiettivi, il budget, la pianificazione finanziaria ed i contributi finanziari al programma dei Cantoni e della Confederazione.

Art. 3: Comitato di programma

¹ Il comitato di programma è composto al massimo da 13 membri. Ne fanno parte nove rappresentanti dei cantoni e al massimo quattro rappresentanti della Confederazione, di cui due del DFGP, e, se coinvolti, un rappresentante del DDPS e uno del DFF.

² I membri sono designati per un periodo di due anni come segue:

- a. La rappresentanza della Confederazione dal Consiglio federale;
- b. La rappresentanza dei Cantoni dalla CDDGP dopo audizione della Conferenza dei comandanti delle polizie cantonali della Svizzera (CCPCS), tenendo conto di
 - un seggio fisso per ciascuno dei tre cantoni firmatari più popolati,
 - una rappresentanza equa delle regioni linguistiche,
 - l'integrazione degli organi di coordinamento esistenti come la Commissione tecnica delle polizie svizzere (CTPS) e il Comitato per la pianificazione, la supervisione dei progetti e la standardizzazione del trattamento delle informazioni di polizia (PSS).

³ Il presidente o la presidentessa della direzione del programma, il responsabile del programma, l'esperto esterno di strategia così come, se necessario, dei consulenti per delle questioni tecniche o legali particolari partecipano alle sedute del comitato di programma senza diritto di voto. Il comitato di programma può invitare delle persone supplementari.

Art. 4: Costituzione e funzionamento del comitato di programma.

¹ Il comitato di programma si autocostituisce fatto salvo l'art. 2 no. 2 par. b e si riunisce quando gli affari lo richiedono, tuttavia almeno quattro volte all'anno o quando cinque dei suoi membri lo esigono.

² Il comitato di programma cercherà in linea di massima di prendere delle decisioni consensuali. In caso di voto, decide a maggioranza semplice dei membri presenti. Ogni membro ha un voto. In caso di parità, il voto del presidente o della presidentessa è preponderante.

³ Il comitato di programma decide validamente se almeno sette membri sono presenti, di cui almeno un rappresentante della CDDGP, uno della CCPCS e uno della Confederazione.

⁴ La supplenza è possibile solo se i motivi di assenza sono imperativi e previo consenso del presidente.

Art. 5: Compiti e competenze del comitato di programma

Il comitato di programma adempie la sua missione nell'ambito degli obiettivi dell' Art. 1 e ha in particolare i compiti e le competenze seguenti:

- a. Giudizio della situazione attuale presso Confederazione e Cantoni, definizione della strategia IT e dell'architettura di riferimento come quadro i campi di attività ed i sistemi da armonizzare;
- b. Definizione del masterplan per un periodo di quattro anni con adattamento continuo;
- c. Definizione di un modello per l'esercizio, l'assistenza ed il finanziamento dei sistemi informatici della polizia armonizzati facendo attenzione alle interfacce con terzi importanti;
- d. Adozione del documento di inizio del programma all'attenzione dell'organismo responsabile del programma;
- e. Pilotaggio dell'armonizzazione e della sua realizzazione;
- f. Controllo del programma e delle finanze;
- g. Nomina del presidente o della presidentessa della direzione di programma, dei membri di quest'ultima, del responsabile di programma, designazione dei consulenti esterni per le questioni legali e tecniche particolari e regolamentazione di massima dei rapporti di lavoro e di mandato;
- h. Decisione attinente alla partenza di progetti e determinazione del preventivo di ogni singolo progetto;
- i. Garanzia dell'informazione a livello politico e strategico;
- j. Identificazione del fabbisogno di legislazione e elaborazione all'attenzione dell'organismo responsabile del programma;
- k. Determinazione di comune accordo di un'altra base di riparto dei costi di progetto; se nessun accordo si realizza, la questione è da presentare per decisione all'organismo responsabile del programma;

- l. Determinazione del contributo di entrata secondo l'Art. 12 par. 4 e decisione attinente alla sua applicazione;
- m. Mediazione in caso di controversie.

Art. 6: Direzione di programma

¹ La direzione di programma è composta da:

- a. Il suo presidente o la sua presidentessa;
- b. Dalla cerchia PSS e CTPS gruppo tecnico informatica, un rappresentante per ogni concordato di polizia, un rappresentante del cantone di Zurigo così come da al massimo quattro rappresentanti delle autorità federali;
- c. Un perito esterno per l'elaborazione della strategia e dell'architettura, che può riferire direttamente al comitato di programma;
- d. Altri rappresentanti, se necessario.

² Se necessario, la direzione di programma può fare ricorso a dei periti.

Art. 7 Compiti della direzione di programma

La direzione di programma è responsabile per l'elaborazione e la realizzazione operativa del programma. I suoi compiti sono i seguenti:

- a. Fotografia dello stato attuale, elaborazione delle basi del programma per le decisioni del comitato di programma;
- b. Realizzazione del programma;
- c. Proposte di progetti al comitato di programma;
- d. Istituzione dell'organizzazione di progetto;
- e. Controllo dei progetti e delle finanze;
- f. Istituzione e cura della rete di relazioni con i cantoni e le autorità federali coinvolte così come con i diversi comitati necessari al raggiungimento degli obiettivi;
- g. Trasparenza tramite misure idonee di informazione e comunicazione così come la garanzia della loro esecuzione a livello operativo;
- h. Preparazione delle altre operazioni del comitato di programma.

Art. 8: Compiti e posizione del responsabile di programma

¹ Il responsabile di programma coordina la realizzazione dell'armonizzazione dell'informatica della polizia in Svizzera ed è l'organo di stato maggiore del comitato di programma e della direzione di programma.

² Egli o essa dipende dal presidente della direzione di programma.

³ Il responsabile di programma dispone di una segreteria che lo sostiene nella/e:

- a. realizzazione delle decisioni del comitato di programma e della direzione di programma;
- b. tenuta dei verbali e redazione del rapporto di esercizio;
- c. finanze.

Art. 9: Accordo separato e organizzazione per ciascun singolo progetto

¹ Un accordo separato è siglato per ogni progetto ed un'organizzazione di progetto è istituita ogni volta. Quest'ultima lavora secondo HERMES e in più tiene conto degli aspetti legali e operativi.

² Cantoni e Confederazione possono partecipare ai progetti, ma non ne hanno alcun obbligo.

C. FINANZE

Art. 10: Tipi di costi

¹ Tipi di costi causati:

- a. Costi del programma;
- b. Costi dei singoli progetti.

² I costi del programma comprendono le spese legate ai compiti secondo gli Articoli 5-8.

Le spese d'inizializzazione dei progetti fanno parte dei costi del programma.

³ I costi dei progetti comprendono il fabbisogno di realizzazione di soluzioni da sviluppare in comune o di armonizzazione di soluzioni esistenti.

Art. 11: Finanziamento dei costi del programma

¹ Confederazione e Cantoni finanziano i costi del programma tramite un contributo annuo.

I Cantoni assumono il 70% dei costi del programma, la Confederazione il 30%. Gli importi sono fatturati ogni volta in Gennaio per l'esercizio in corso.

² I Cantoni si dividono il loro contributo secondo la popolazione residente permanente conosciuta alla data di fatturazione.

³ Il budget annuo del programma ed il piano finanziario per i tre anni successivi sono determinati dall'organismo responsabile del programma.

Art. 12: Finanziamento dei costi dei singoli progetti

¹ I costi dei singoli progetti di armonizzazione sono finanziati dai partners partecipanti al progetto.

² Il contributo finanziario di ciascun partner è fatturato una volta all'inizio di ciascuna fase del progetto.

³ I cantoni partecipanti si dividono il contributo secondo la popolazione residente permanente conosciuta alla data della partenza del progetto. Il comitato di programma può, in casi giustificati, fissare eccezionalmente un'altra base di riparto se ciò risulta da comune accordo. Altrimenti, l'organismo responsabile del programma è responsabile.

⁴ Se un cantone o un'autorità federale vuole partecipare ad un progetto in corso o già concluso, ciò causa un contributo di entrata. Quest'ultimo comprende l'investimento che il nuovo partner avrebbe dovuto fare se si fosse associato dall'inizio.

Art. 13: Responsabilità

La responsabilità per danni durante la collaborazione la responsabilità incombe al cantone o all'autorità federale che li ha causati.

D. ALTRE DISPOSIZIONI E DISPOSIZIONI FINALI

Art. 14: Compiti dei partners del programma

¹ Cantoni e Confederazione informano la direzione di programma dei progetti in corso e pianificati nell'ambito di quest'accordo.

² Rinviano, nella misura del possibile, i progetti di investimento fondamentali e estesi in applicazioni specializzate di polizia che cadrebbero nel periodo 2013-2016. Dal 2013, tali investimenti saranno effettuati nell'ambito dell'armonizzazione.

³ La Confederazione dichiara la sua disponibilità a rivedere i suoi progetti nell'ambito della sicurezza combinata e della protezione delle informazioni a livello della loro pertinenza rispetto alle applicazioni ed ai sistemi cantonali coinvolti nell'armonizzazione e, se necessario, ad includere le esigenze dei cantoni nella gestione dei suoi progetti.

Art. 15: Entrata in vigore

Quest'accordo entra in vigore se almeno 18 cantoni e la Confederazione l'hanno firmato.

Art. 16: Denuncia

¹ L'accordo può essere denunciato da ogni cantone e dalla Confederazione con un preavviso di due anni per la fine dell'anno, per la prima volta il 31 Dicembre 2017.

² L'accordo è abrogato quando il numero dei membri scende sotto i 10.

Abbreviazioni:

CDDGP: Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

CCPCS: Conferenza dei comandanti delle polizie cantonali della Svizzera

CTPS: Commissione tecnica delle polizie svizzere

PSS: Comitato per la pianificazione, la supervisione dei progetti e la standardizzazione del trattamento delle informazioni di polizia